

Bundesverband der Ärztegenossenschaften e.V. i.G.  
c/o Ärztegenossenschaft S-H eG • Bismarckallee 14-16 • 23795 Bad Segeberg

**Offener Brief**

Frau Bundeskanzlerin  
Dr. Angela Merkel  
Willy-Brandt-Straße 1

10557 Berlin

**Wachstumsmotor Gesundheitsmarkt?**

Datum/Zeichen  
22.11.2005/Rd

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

wir, der Vorstand des Bundesverbandes der Ärztegenossenschaften e.V. i.G. (BVÄG), möchten nicht verhehlen, dass wir die Hoffnung hatten, durch eine neue Regierung auch neue Impulse für die Reformierung des Gesundheitssystems zu erhalten.

Nun steht zu befürchten, dass nicht zuletzt durch die Wiederernennung von Frau Ulla Schmidt zur Bundesgesundheitsministerin, der mit dem GMG eingeschlagene Weg - die schleichende Einführung von Staatsmedizin - fortgesetzt wird.

Wir möchten Ihnen versichern, dass wir ein hohes Interesse am Erhalt eines Gesundheitswesens haben, das der Bevölkerung auch morgen noch die Versorgung gewährt, die sie benötigt. Obwohl wir das gleiche Anliegen unterstellen, erkennen wir in der Politik von Ministerin Schmidt nur immer mehr staatliche Regulierung mit dem Ziel immer mehr einzusparen. Hierzu erlauben wir uns einige Anmerkungen:

**Wachstumsmotor Gesundheitsmarkt**

Verfolgt man die politische Diskussion, so könnte man vermuten, dass die Heilberufe keine Unternehmer in unserem Gesundheitsmarkt sind. Politisch geht es nicht um Wachstum und nicht um Wettbewerb! Es geht um Regulierung! Es geht um Kostensenkung! Es geht um Beitragssatzstabilität!

Und doch - sowohl im Krankenhaus als auch in der Arztpraxis haben wir Arbeitgeber. Wir haben Mediziner, Physiotherapeuten, Apotheker, die investieren, die Personal einstellen (derzeit aufgrund der fehlenden Planungssicherheit zurückhaltend), also unternehmerische Entscheidungen treffen. Die Dimension dieser Entscheidungen ist jedoch ungewöhnlich groß. Es geht nicht nur um das Unternehmen Arztpraxis mit dem Unternehmer Arzt, den Familien und dem Personal - die Entscheidungen, die hier getroffen werden, haben Einfluss auf die Volksgesundheit und damit auf die Leistungsfähigkeit des Staates.

Bundesverband der  
Ärztegenossenschaften  
e.V. i.G.  
c/o Ärztegenossenschaft  
SH eG

Bismarckallee 14-16  
23795 Bad Segeberg

Tel.: 04551 - 9999-0

Tel.: 04551 - 9999-20

Fax: 04551 - 9999-19

Email: kontakt@aegsh.de

Web: www.aegsh.de

**Bankverbindung:**

Deutsche Apotheker-

u. Ärztebank eG

Kto.: 0205615615

BLZ: 230 926 20

**Vorstand:**

Dr. Klaus Bittmann,

Dr. Rainer Woltmann,

Dr. Bärbel Grashoff

Marktwirtschaft in unserer heutigen Vorstellung lebt vom Wettbewerb, von Angebot und Nachfrage. Dies gilt auch für die medizinische Versorgung. Leider lassen die gesetzlichen Rahmenbedingungen keinen Wettbewerb zu und dennoch haben wir eine gewaltige Nachfrage. Schon heute kann diese Nachfrage nicht mehr befriedigt werden, weil die gesetzlichen Rahmenbedingungen entsprechende unternehmerische Entscheidungen (Investitionen, mehr Personal) nicht zulassen.

Denken wir an die Bereiche der Pflege und der stationären Versorgung, so ist jedem klar, dass viele der zu erkennenden Defizite in erster Linie auf fehlendes ärztliches und pflegerisches Personal zurückzuführen sind. Ein ähnliches Bild zeigt sich in den Arztpraxen. Auch im Bereich der Investitionen halten sich die Heilberufe derzeit sehr zurück. Die Auswirkungen werden wir jedoch erst in fünf bis zehn Jahren spüren.

Ministerin Schmidt will immer stärker regulieren. Hierdurch wird ein Wettbewerb unmöglich gemacht. Sie will für alle Patienten die gleiche Versorgung und für die Ärzte die gleiche Honorierung. Dadurch wird das Niveau der Versorgung weiter gesenkt. Sie will die Ausgaben für Gesundheit einfrieren. Dadurch verhindern wir erforderliche Investitionen, verhindern die Einstellung von Personal. Ministerin Schmidt will die Einführung des Sozialismus in das Gesundheitssystem. Wir brauchen genau das Gegenteil: Wir fordern einen erheblichen Abbau der Regulierungen durch den Staat! Wir brauchen mehr Wettbewerb! Wir brauchen mehr Eigenverantwortung für den Patienten, auch in finanzieller Hinsicht!

Natürlich geht es um mehr Geld für das Gesundheitssystem. Es geht um mehr Geld für mehr Leistungen, damit wir mehr Patienten versorgen können!

Ein deutliches Zeichen dafür, dass die Politik in den letzten Jahren versagt hat und es eben nicht geschafft hat, mehr Wettbewerb ins Gesundheitssystem zu bringen, ist der dramatisch zunehmende Bedarf an Ärzten. Dieser wird aufgrund der heutigen Altersstruktur in der niedergelassenen Ärzteschaft in den kommenden Jahren weiter wachsen.

Immer mehr Mediziner gehen nach abgeschlossener Ausbildung in die Industrie! Dies obwohl der Gesundheitsmarkt doch der Wachstumsmarkt der kommenden Jahre sein soll! Hier sind doch die großen Chancen für junge dynamische Mediziner, sich eine sichere Zukunft aufzubauen! Das Gesundheitssystem wird nicht der Wachstumsmarkt werden können, wenn die Politik den eingeschlagenen Kurs fortsetzt. Junge Menschen sehen jedenfalls für sich in diesem Wirtschaftszweig keine Perspektive und das obwohl der zunehmende Bedarf an Ärzten für jeden Bürger erkennbar ist und der Arzt in der Bevölkerung immer noch ein hohes Ansehen genießt. Der Arztberuf muss wieder attraktiver werden. Mit Budgets, Richtgrößen, Regelleistungsvolumen, Regressandrohungen, etc. wird uns dies nicht gelingen.

Wir brauchen mutige Entscheidungen der Politik - wollen wir den Wachstumsmotor Gesundheit und damit Investitionen in Milliardenhöhe und tausende neuer Arbeitsplätze oder wollen wir sparen bis zum Zusammenbruch? Natürlich kosten mehr Ärzte, mehr Pflege - mehr Gesundheit auch mehr Geld. Der Bedarf ist aber da! Wird mehr verdient - wird mehr investiert, werden mehr Arbeitsplätze geschaffen und damit mehr Steuern und mehr

Sozialversicherungsbeiträge eingenommen und die Sozialkassen entlastet.

Dennoch ist die Entscheidung für weniger Bürokratie und mehr Wettbewerb mutig, denn auch wir wissen nicht, ob die Rechnung am Ende aufgeht. Wir wissen aber, dass der derzeit eingeschlagene Weg zum Zusammenbruch führen muss - nicht zuletzt aufgrund der demographischen Entwicklung.

#### Mehr Verantwortung für den Patienten

Ein aus unserer Sicht durchaus lohnenswerter Versuch, einen Ausweg aus diesem Dilemma zu finden, ist, zumindest für die ambulante Versorgung, die deutliche Liberalisierung der Kostenerstattung. Von einigen Krankenkassen vor dem GMG erfolgreich praktiziert, ist sie mit dem GMG zur Bedeutungslosigkeit verfallen. Auch hier ist ein vielleicht gut gemeinter Ansatz durch zu starre Regeln im Keim erstickt worden. Das finanzielle Risiko, sich für mindestens ein Jahr für die gesamte ambulante Behandlung für die Kostenerstattung entscheiden zu müssen, ist vielen Patienten zu groß.

Auch hier die Frage an die Politik: Wollen die politisch Verantwortlichen mehr Eigenverantwortung durch den Patienten? Soll der Patient selbst mitentscheiden dürfen, was ihm persönlich seine Gesundheit wert ist? Wollen die politisch Verantwortlichen mehr Wettbewerb bei den Heilberufen? Dann lassen Sie ihn auch zu und schaffen Sie die einengenden gesetzlichen Regelungen ab.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, dieser Brief könnte Seite um Seite so weitergehen. Wir haben ernstgemeinte Sorge um unser Gesundheitssystem. Und glauben Sie uns, es geht nicht nur um mehr Geld für die Ärzte. Es geht um die Versorgung unserer Patienten!

Wir kämpfen für den Erhalt der flächendeckenden Versorgung und wir kämpfen gegen die zunehmende Rationierung in unserem System.

Wir wünschen uns den Dialog. Wir sind bereit, gemeinsam mit Ihnen über sinnvolle und notwendige Reformen nachzudenken und unsere Ideen einzubringen. Wir sind aber auch bereit, uns gegen die Etablierung von Staatsmedizin in Deutschland zur Wehr zu setzen.

Abschließend bleibt uns nur, für die anstehenden Entscheidungen eine glückliche Hand und viel Mut zu wünschen, damit Ihre Reformen zu unser aller Wohl zum Erfolg führen.

Mit freundlichen Grüßen

Bundesverband der Ärztgenossenschaften e.V. i.G.

Der Vorstand



Dr. Klaus Bittmann  
1. Sprecher

Der Bundesverband ist ein Zusammenschluss von 10 Ärztegenossenschaften aus verschiedenen Bundesländern, die derzeit rund 10.000 niedergelassene Vertragsärzte und Vertragspsychotherapeuten repräsentieren. Die einzelnen Ärztegenossenschaften verstehen sich als politische Interessenvertreter Ihrer Mitglieder und wollen das Gesundheitswesen aktiv mit gestalten. Im Fokus stehen hierbei nicht nur die Interessen der niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten, sondern insgesamt die Erhaltung eines menschenwürdigen Gesundheitswesens für unsere Patienten.